



Landesverband der Wald- und Naturkindergärten **NRW** e.V.

Umweltzentrum Merowinger Straße 88, 40225 Düsseldorf vorstand@waldkindergaerten-nrw.de

Per E-Mail voraus

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen

Herrn Manfred Walhorn

Frau Dagmar Friedrich

Haroldstr. 4

40221 Düsseldorf

Dagmar.Friedrich@mfkjs.nrw.de

3. Mai 2011

Stellungnahme zum Referentenentwurf für das 1. KiBiz-Änderungsgesetz

Dortiges Schreiben vom 07.04.2011

AZ 6000.5.19

Sehr geehrter Herr Walhorn,
sehr geehrte Frau Friedrich !

Der Landesverband der Wald- und Naturkindergärten NRW e.V. begrüßt das Vorhaben der Landesregierung, das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) zu reformieren und ihm eine solide, gerechte und zukunftssichere Grundlage zu verschaffen.

Wir wissen um die Probleme, die ein so umfassendes Projekt wie die KiBiz-Revision mit sich bringt. Wir wissen vor allem, dass nicht alles, was sinnvoll und wünschenswert ist, auch sofort realisiert werden kann.

Umso mehr freut es uns, dass die Landesregierung schon im ersten Zuge der Revision Regelungen für eine auskömmliche Finanzierung der Waldkindergärten anstrebt. Sie knüpft damit an die Berichtsvorlage an, die der Landschaftsverband Westfalen-Lippe bereits am 20.03.2008 für eine Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses erstellt hat (Drucksache LWL 12/1238) und in der die damalige Landesregierung unter Textziffer 10 (Problembereiche) unmissverständlich auf die Probleme hingewiesen wurde, die sich aus dem KiBiz-Regelwerk für die Finanzierung und damit auch für die wirtschaftliche Existenz der Waldkindergärten ergeben. Der LWL regte schon damals an über Lösungsmöglichkeiten nachzudenken. Bei dieser Anregung ist es geblieben. Unternommen wurde seinerzeit nichts.

So sind die Waldkindergärten heute eine Trägergruppe, die, nachdem sie über rund 12 Jahre hinweg nach GTK-Recht auskömmlich gefördert wurde, mit einer strukturellen Unterfinanzierung zu kämpfen hat, für die es nicht nur aus unserer Sicht, sondern auch aus

der Sicht der Fachöffentlichkeit eine sachliche Rechtfertigung nicht gibt. Wenn von Kindertageseinrichtungen, die Bestandteil der Bedarfsplanung sind, eine volle Erfüllung ihrer Aufgaben verlangt wird, so steht ihnen nach allgemeiner Überzeugung dafür auch eine auskömmliche Förderung der hieraus entstehenden Betriebskosten zu.

Die dieser Stellungnahme beigelegten Modellrechnungen zeigen, dass die strukturelle Unterfinanzierung der Waldkindergärten so groß ist, dass sie auch durch Zuwendungen nach § 20 (3) KiBiz - selbst wenn diese in voller Höhe gewährt werden - nicht ausgeglichen werden kann.

Es ist sicherlich nachvollziehbar, dass vor diesem Hintergrund die Schaffung einer gerechten und auskömmlichen Finanzierungsregelung auch für uns eine hohe Dringlichkeit besitzt. Verstehen Sie unsere Stellungnahme daher bitte als den Versuch, im Rahmen unserer Möglichkeiten den Gesetzgebungsprozess in diesem Sinne mitzugestalten.

Zum besseren Verständnis zunächst aber ein Wort zu dem, was Waldkindergärten sind und was sie leisten.

In Waldkindergärten findet im Unterschied zu konventionellen Einrichtungen die pädagogische Hauptarbeit im Freien und nicht innerhalb von Gebäuden statt. Das heißt aber nicht, dass sie ein „Kindergarten ohne Gebäude“ sind, wie es der Referentenentwurf unzutreffend sagt. Jeder Waldkindergarten hat ein Gebäude. Dieses dient jedoch vorwiegend nur als Anlaufstelle oder als Schutzunterkunft bei Witterungswidrigkeiten. Ohne Gebäude wären die Waldkindergärten im Übrigen keine Einrichtung im rechtlichen Sinne; sie könnten keine Betriebserlaubnis erhalten und wären grundsätzlich nicht förderungsfähig. Für eine Korrektur der entsprechenden Formulierung wären wir insoweit dankbar.

Die Waldkindergärten haben Mitte der 90er Jahre in NRW unter fachlicher Begleitung des damaligen Jugendministeriums und anderer Fachorganisationen eine einjährige Erprobungsphase durchlaufen. Die Erprobungsphase wurde erfolgreich abgeschlossen und anschließend durch das Ministerium in der Broschüre „Neue Wege in der Umwelterziehung“ als zukunftsweisendes pädagogisches Konzept umfassend dokumentiert. Das Konzept wurde ständig weiterentwickelt. Es hat sich mittlerweile in der Kindergartenlandschaft fest etabliert. Viele seiner innovativen Impulse sind Bestandteil der Arbeit auch in konventionellen Kindergärten geworden. Das Konzept bietet hohe Qualitätsstandards und ein Leistungsspektrum, das dem konventioneller Einrichtungen in jeder Hinsicht ebenbürtig ist. Es bietet ein- bis mehrgruppige Organisationsformen, Betreuungszeiten von 25, 35 und 45 Wochenstunden und neben den üblichen Standards sowohl die Betreuung zweijähriger Kinder als auch die von Kindern mit Behinderung.

Gegenüber konventionellen Kindergärten sind Waldkindergärten natürlich rein zahlenmäßig eine Minderheit. Immerhin aber sind sie in NRW mit rund 80 Einrichtungen neben den Waldorf-Kindergärten (rund 120 Einrichtungen) und den Montessori-Kindergärten (rund 130 Einrichtungen) eine der drei großen alternativen Grundrichtungen vorschulischer Erziehung. Sie sind also in besonderem Maße eine Verkörperung des Pluralitätsgebots und zugleich Garant dafür, dass dem Wunsch- und Wahlrecht der Elternschaft echte konzeptionelle Alternativen zur Verfügung stehen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich natürlich die Frage, warum Einrichtungen mit derartigen Standards bisher nicht auskömmlich gefördert wurden. Die Antwort möchten wir gern näher

erläutern, weil sie in direktem Zusammenhang mit den Lösungsmodellen steht, die wir im Hinblick auf die künftige Gestaltung der einschlägigen Bestimmungen vorschlagen werden.

Die Nichtauskömmlichkeit der bisherigen Förderung hat zwei Gründe: Zum einen ist es der spezifische Inhalt der Betriebserlaubnis für Waldkindergärten, zum anderen ist es das Regelwerk des KiBiz, welches diesen spezifischen Inhalt nicht in eine auskömmliche Förderung umsetzen kann. Ein Beispiel möge das verdeutlichen.

Der gesetzliche Zweck einer Betriebserlaubnis ist es, bezogen auf die individuelle Einrichtung Rahmenbedingungen zu setzen, die im Hinblick auf das Kindeswohl ein Mindestmaß an Betreuungsqualität gewährleisten. Bei einem eingruppigen Regelkindergarten wird dies z.B. durch Vorgabe einer Soll-Gruppenstärke von 25 Kindern und einen Personalschlüssel von 2 Kräften erreicht. Um bei einem eingruppigen Waldkindergarten dasselbe Mindestmaß an Betreuungsqualität zu erreichen, begrenzt die Betriebserlaubnis die Soll-Gruppenstärke auf maximal 20 Kinder und erhöht zugleich den Personalschlüssel auf 3 pädagogische Kräfte. Grund hierfür sind die schwierigeren Betreuungsverhältnisse im Freien und die damit verbundenen erhöhten Anforderungen an die Aufsichtspflicht. Man erkennt, um das noch einmal deutlich zu machen, dass diese Vorgaben keine Verbesserung der Betreuungsqualität gegenüber Regelkindergärten darstellen, sondern lediglich eine notwendige Anpassung an das dort geforderte Maß dieser Betreuungsqualität sind.

Förderungsrechtlich führt dies dazu, dass das aus der Summe der Kindpauschalen resultierende Einrichtungsbudget beim Regelkindergarten auskömmlich ist. Beim Waldkindergarten hingegen verringert sich die Anzahl der Kindpauschalen und damit das Einrichtungsbudget, während aufgrund des höheren Personalschlüssels die Betriebskosten steigen. Mit dem derzeitigen Regelwerk des KiBiz kann diese Divergenz nicht aufgefangen werden: Es entsteht die bereits eingangs erwähnte strukturelle Unterfinanzierung.

Wie aber kann diese strukturelle Unterfinanzierung so beseitigt werden, dass das Ziel einer gerechten auskömmlichen Finanzierung auch für Waldkindergärten erreicht wird?

Der im Referentenentwurf vorgesehene Weg über eine Modifizierung von § 20 (3) KiBiz ist dazu nach unserer Auffassung nur bedingt geeignet. Wir verstehen ihn eher als einen ersten - wenn auch begrüßenswerten - Schritt in die richtige Richtung. Das hat drei Gründe:

Erstens: Die Regelung stellt nur für mehrgruppige Waldkindergärten eine Verbesserung dar, weil entgegen altem Recht nun auch sie in den Genuss der Zusatzpauschale kommen können. Für eingruppige Waldkindergärten bleibt dagegen alles beim Alten: Sie konnten die Pauschale auch vorher schon aufgrund des Merkmals der Eingruppigkeit erhalten.

Zweitens: Die Regelung ist nach wie vor als Kann-Bestimmung formuliert. Dies bietet unter dem Aspekt der Auskömmlichkeit förderungsrechtlich nicht die erforderliche Sicherheit, weil Kann-Zuwendungen aufgrund von haushaltsrechtlichen Erwägungen, beispielsweise bei Vorliegen eines Haushaltssicherungskonzepts, versagt werden können, ohne dass dies zu einem Ermessensfehler führen würde.

Insoweit sind Kann-Zuwendungen rechtssystematisch auch nicht dem Einrichtungsbudget zuzurechnen.

Hinzu kommt, dass es sich bei den Zuwendungen nach § 20 (3) KiBiz nicht um echte Pauschalen, sondern um flexible Ausgleichsbeträge handelt, deren jeweilige Höhe sich an dem Umfang des Finanzierungsdefizits orientiert, zu dessen Ausgleich sie vorgesehen sind. Die Förderung von Kindertageseinrichtungen ist eine Pflichtausgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Als solche steht sie nicht unter Haushaltsvorbehalt. Wenn also die Neuregelung des § 20 (3) KiBiz den angestrebten Zweck der Auskömmlichkeit zumindest dem Grunde nach erfüllen soll, müsste sie zumindest als Soll-Bestimmung formuliert werden.

Drittens: Die Zusatzpauschale ist gegenüber dem alten Recht der Höhe nach gleich geblieben. Sie ist, wie die Modellberechnungen in der Anlage zeigen, nach wie vor zu gering, um Auskömmlichkeit herstellen zu können. Da es sich um feste Maximalbeträge handelt, steigen diese nicht mit, wenn sich z.B. bei einem Wechsel der Betreuungszeit von 25 auf 35 Wochenstunden die Betriebskosten erhöhen. Dadurch erhöht sich das Maß der Nichtauskömmlichkeit noch einmal.

Aus unserer Sicht gibt es, wenn volle und sichere Auskömmlichkeit erreicht werden soll, zwei Lösungsmöglichkeiten.

Lösungsmöglichkeit 1

Denkbar wäre es, unter Beibehaltung der bisherigen Pauschale zum Ausgleich der durch die Betriebserlaubnis bedingten Mehrkosten pro Gruppe eine weitere angemessene Zusatzpauschale für Waldkindergärten in § 20 (3) KiBiz aufzunehmen (kumulative Förderung). Beide Pauschalen sollten die Rechtsform einer Soll-Zuwendung erhalten. Wir können derzeit nicht abschließend beurteilen, ob eine solche Regelung bei allen nach dem KiBiz möglichen Gruppenkonstellationen zu einer auskömmlichen Finanzierung führen würde. Möglicherweise wäre sie als Überbrückungslösung geeignet, um Erfahrungen für die endgültige Gestaltung des finanziellen Regelwerks im zweiten Revisionsabschnitt zu gewinnen.

Lösungsmöglichkeit 2

Diese Lösungsmöglichkeit setzt bei einem Punkt an, den wir als eine Art Systemfehler im KiBiz-Regelwerk bezeichnen möchten, und der aus unserer Sicht für die strukturelle Unterfinanzierung der Waldkindergärten verantwortlich ist.

Dazu folgende Erläuterung:

Zweck der Finanzierungsregelung des KiBiz ist es, den im Bedarfsplan enthaltenen Einrichtungsträgern auskömmliche Einrichtungsbudgets zur Verfügung zu stellen, mit denen alle Betriebskosten einschließlich einer gewissen Rücklagenbildung gedeckt werden können. Das Einrichtungsbudget resultiert aus der Summe der Kindpauschalen. Diese wiederum orientieren sich an den Soll-Gruppenstärken der Gruppentypen I bis III der Anlage zu § 19 (1) KiBiz. Erreicht eine Einrichtung bei der Belegung diese Soll-Gruppenstärke zu 100 %, so erhält sie auch 100 % der möglichen Kindpauschalen. Bei Unterschreitung der Soll-Gruppenstärke erfolgt eine proportionale Kürzung. Beträgt z.B. die Ist-Gruppenstärke nur 20 Kinder, so erhält die Einrichtung auch nur 80 % der Fördermittel, wobei die sog. Korridorlösung nach § 19 (3) KiBiz den Förderungsausfall etwas abmildert.

Diese Systematik wird auch auf die Waldkindergärten angewandt. Genau das ist der erwähnte Systemfehler. Die Waldkindergärten mit ihrer durch die Betriebserlaubnis vorgegebenen geringeren Soll-Gruppenstärke von maximal 20 Kindern werden förderungsrechtlich nämlich so gestellt, als wären sie permanent um mindestens 5 Kinder unterbelegt. Das aber ist

förderungsrechtlich nicht vertretbar. Denn tatsächlich sind sie voll belegt: Sie erreichen die durch die Betriebserlaubnis vorgegebene und insoweit nicht beeinflussbare Soll-Gruppenstärke bei Vollbelegung stets zu 100 %. Dennoch erhalten sie nur maximal 80 % der maximal möglichen Kindpauschalen, was angesichts ihres mit entsprechenden Regelkindergärten prinzipiell vergleichbaren Betriebskostenumfangs zwangsläufig zu einer strukturellen Unterfinanzierung in entsprechender Höhe führt. Die Korridorlösung greift hier nicht, was eine weitere Benachteiligung darstellt. Bei Waldkindergärten, denen durch die Betriebserlaubnis neben der geringeren Gruppenstärke zusätzlich ein höherer Personalschlüssel vorgegeben wird, erhöht sich das Maß der Unterfinanzierung noch einmal durch die personalbedingten Mehrkosten für die Drittkraft. Dies wurde bereits an anderer Stelle dargelegt.

Der Systemfehler kann nach unserer Auffassung nur behoben werden, wenn als Maßstab für den Förderungsumfang künftig nicht mehr die Soll-Gruppenstärke der Gruppentypen I bis III herangezogen wird, sondern die Belegungsquote im Verhältnis zu der in der Betriebserlaubnis vorgegebenen Soll-Gruppenstärke. Dann würden sowohl dem Regelkindergarten als auch dem Waldkindergarten bei einrichtungsspezifischer Vollbelegung jeweils 100 % der nach der Anlage zu § 19 KiBiz maximal möglichen Fördermittel zustehen. In diesem Fall wären das zwei Einrichtungsbudgets, bestehend aus der Summe von jeweils 25 Kindpauschalen. Bei Unterbelegungen würden in beiden Fällen weiterhin die derzeit geltenden Regelungen einschließlich der Korridorlösung zur Anwendung kommen können.

Dies wäre gerecht und würde zumindest bei den Waldkindergärten ohne erhöhten Personalschlüssel zu einer mit Regeleinrichtungen vergleichbaren vollen Auskömmlichkeit führen.

Für den Ausgleich personalbedingter Mehrkosten bei Waldkindergärten mit erhöhtem Personalschlüssel könnte dem Grunde nach die im Referentenentwurf enthaltene Zusatzpauschalenregelung nach § 20 (3) KiBiz genutzt werden. Für die nähere Ausgestaltung dieser Regelung könnten bei sinngemäßer Anwendung unsere Überlegungen zu der Lösungsmöglichkeit 1 genutzt werden. Eine solche Regelung würde zusammen mit der vorgenannten Kindpauschalen-Regelung auch bei Waldkindergärten mit erhöhtem Personalschlüssel zur Auskömmlichkeit führen.

Im Ergebnis sehen wir in der Lösungsmöglichkeit 2 einen besonders geeigneten Weg, für alle Waldkindergärten gleich welcher Gruppenkonstellation eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen. Die praktische Umsetzung könnte ohne größeren Regelungsaufwand durch eine Gleichstellungsklausel im Gesetz erreicht werden. Diese Klausel könnte aus unserer Sicht in etwa so lauten:

„Waldkindergärten, denen durch die Betriebserlaubnis eine gegenüber den Gruppenformen I bis III geringere Soll-Gruppenstärke vorgegeben ist, erhalten dieselbe Anzahl von Kindpauschalen, die in den jeweiligen Gruppenformen als Standard vorgesehen ist.

Waldkindergärten, denen die Betriebserlaubnis einen im Vergleich zu den Standardwerten der Gruppenformen I bis III erhöhten Personalschlüssel vorgibt, erhalten zum Ausgleich der dadurch bedingten Mehrkosten pro Gruppe eine angemessene Zusatzpauschale.“

Der vorstehende Regelungskomplex wäre systemgerecht und vor allem auch zukunftssicher, weil alle nur denkbaren jetzigen und künftigen Förderungssituationen erfasst werden könnten, ohne dass es weiterer Nachbesserungen bedürfte. Das Pauschalierungssystem als solches würde nicht berührt.

Abschließend möchten wir auf eine aktuelle Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.01.2010 (Normenkontrollverfahren 5 CN 1.09) hinweisen. In dieser Entscheidung werden landesrechtliche Bestimmungen, die ohne sachliche Differenzierungsgründe zu einer unterschiedlichen Förderung von Kindertageseinrichtungen führen, für nicht verfassungskonform erklärt.

Für uns war diese Entscheidung insoweit sachdienlich, als wir anhand der dort entwickelten Leitgedanken die Plausibilität eines Teils der von uns hier vorgetragenen Argumente überprüfen konnten. Wir könnten uns vorstellen, dass diese Leitgedanken auch im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens eine wertvolle Orientierungshilfe für die Beteiligten sein könnten.

Wir hoffen, sehr geehrte Damen und Herren, dass Sie Verständnis für unsere etwas umfangreicheren Ausführungen haben. Aber wir waren der Meinung, dass eine kürzere Darstellung die Nachvollziehbarkeit der Gedankengänge beeinträchtigt hätte. Wir hoffen ferner, dass wir unser Anliegen in angemessener und plausibler Form vorgetragen haben. Und letztlich hoffen wir natürlich auch, dass unser Wunsch nach einer gerechten und auskömmlichen Finanzierung bereits im 1. KiBiz-Änderungsgesetz so umgesetzt wird, dass dies nicht nur als eine Weichenstellung, sondern zumindest als ein großer Schritt in die auch von der Landesregierung angestrebte Richtung verstanden werden kann.

Je eine Ausfertigung dieser Stellungnahme werden wir nachrichtlich der Sozialpolitischen Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen, Frau Andrea Asch, und dem Sozialpolitischen Sprecher der SPD, Herrn Wolfgang Jörg, zuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

- Anlagen -

Thomas Kollatz
1. Vorsitzender

Hans-Dieter Pfohl
Mitglied des Beirates

Kontakt:
Hans-Dieter Pfohl
Burgstraße 3
33790 Halle (Westf.)
05201 818458
idpfohl@bitel.net

P.S.
Bitte nehmen Sie unseren Verband in die Verteilerliste auf.

Anlage zur Stellungnahme des Landesverbandes der Wald- und Naturkindergärten NRW e.V. vom 02.05.2011

Die folgenden Modellberechnungen stellen - unter Berücksichtigung des Referentenentwurfs - am Beispiel eines eingruppigen Waldkindergartens dessen Unterfinanzierung im Vergleich zu einem eingruppigen Regelkindergarten dar.

Berechnungsgrundlagen

Träger beider Kindergärten sind Elternvereine. Es wird jeweils der von der Betriebserlaubnis vorgegebene Personalschlüssel (Waldkindergarten 2 FK + 1 EK, Regelkindergarten 1 FK + 1 EK) sowie die ebenfalls vorgegebene Soll- Gruppenstärke (Waldkindergarten 20 Kinder, Regelkindergarten 25 Kinder) zu Grunde gelegt. Die Jahresgehälter sind gerundete Durchschnittswerte auf der Basis des Kindergartenjahres 2010/2011. Soweit zutreffend, werden sie in beiden Einrichtungen mit den gleichen Beträgen angesetzt. Die Sachkosten entsprechen dem gerundeten Wert im Konsenspapier. Erhaltungsaufwand wird nicht berücksichtigt, da nicht alle Träger Eigentümer sind. Beide Kindergärten erhalten die Zusatzpauschale nach § 20 (3) KiBiz. Die Kindpauschalen entsprechen den Werten im Referentenentwurf. Alle Förderbeträge sind mit 96 % fördersatzbereinigt.

Modellberechnung 1 (Gruppentyp IIIa)

<i>Einnahmen</i>	<i>Waldkindergarten</i>	<i>Regelkindergarten</i>
20 Kindpauschalen (KP) a 3.177,27 €	63.545,54 €	---
25 KP a 3.177,27 €	---	79.431,75 €
1 Zusatzpauschale § 20 (3) KiBiz	14.400,00 €	14.400,00 €
Trägeranteil	3.247,73 €	3.909,65 €
<i>Gesamteinnahmen</i>	<i>81.193,27 €</i>	<i>97.741,40 €</i>
<i>Ausgaben</i>	<i>Waldkindergarten</i>	<i>Regelkindergarten</i>
Jahresgehalt Leitung	29.000,00 €	29.000,00 €
Jahresgehalt 2. FK	28.000,00 €	---
Jahresgehalt EK	24.000,00 €	24.000,00 €
Sachkosten	10.000,00 €	10.000,00 €
<i>Gesamtausgaben</i>	<i>91.000,00 €</i>	<i>63.000,00 €</i>

Zusammenfassendes Ergebnis

Der Regelkindergarten erwirtschaftet einen Überschuss von 34.741,40 €, den er der Rücklage zuführen kann. Seine gesamten Betriebskosten sind gedeckt. Der Überschuss verringert sich um 14.400,00 € auf 20.341,40 €, wenn der Regelkindergarten die Zusatzpauschale nicht in Anspruch nimmt.

Der Waldkindergarten erwirtschaftet ein Defizit von 9.806,73 €. Er kann keine Rücklagen bilden. Seine Betriebskosten sind nicht einmal annähernd gedeckt. Mit der Regelförderung von insgesamt 77.948,54 € kann er nicht einmal seine Personalkosten i.H.v. 81.000,00 € abdecken.

Modellberechnung 2 (Gruppentyp IIIb)

<i>Einnahmen</i>	<i>Waldkindergarten</i>	<i>Regelkindergarten</i>
20 KP a 4.241,63 €	84.832,60 €	---
25 KP a 4.241,63 €	---	106.040,75 €
1 Zusatzpauschale § 20 (3) KiBiz	14.400,00 €	14.400,00 €
Trägeranteil	4.134,69 €	5.018,36 €
<i>Gesamteinnahmen</i>	<i>103.367,29 €</i>	<i>125.459,11 €</i>

<i>Ausgaben</i>	<i>Waldkindergarten</i>	<i>Regelkindergarten</i>
Jahresgehalt Leitung (39,0 WStd)	40.500,00 €	40.500,00 €
Jahresgehalt 2. FK (39,0 WStd)	39.000,00 €	---
Jahresgehalt EK (35,0 WStd)	30.500,00 €	30.500,00 €
Sachkosten	10.000,00 €	10.000,00 €
<i>Gesamtausgaben</i>	<i>120.000,00 €</i>	<i>81.000,00 €</i>

Zusammenfassendes Ergebnis Der Regelkindergarten erwirtschaftet einen Überschuss von 44.059,11 €, den er der Rücklage zuführen kann. Der Überschuss reduziert sich auf 29.659,11 €, wenn die Zusatzpauschale von 14.400,00 € nicht in Anspruch genommen wird. Der Waldkindergarten erwirtschaftet ein Minus von 16.632,71 €. Er kann keine Rücklagen bilden. Auch in dieser Modellvariante deckt die Regelförderung von 99.232,70 € nicht einmal die Personalkosten i.H.v. 110.000,00 €.

Die Modellberechnungen zeigen, dass mit den im Referentenentwurf vorgesehenen Neuregelungen eine auskömmliche Finanzierung der Waldkindergärten nicht zu erreichen ist. Eine Neuregelung, die echte Auskömmlichkeit herstellen soll, muss nach unserer Auffassung zwei Voraussetzungen erfüllen:

Zum einen muss sie gewährleisten, dass mit ihr unter Berücksichtigung des Trägeranteils die Kosten des laufenden Betriebs (Personal- und Sachkosten einschließlich der Kosten für den Erhaltungsaufwand) in allen denkbaren Gruppenvarianten voll abgedeckt werden können. Zum anderen muss sie auch eine angemessene Rücklagenbildung ermöglichen.

Wir möchten in diesem Zusammenhang auf das sog. Riedel-Gutachten vom 14.10.2010 (Dr. Wolfgang Riedel: KiBiz-Evaluation) hinweisen. Hier heißt es sinngemäß, dass der Saldo zwischen gesetzlicher Förderung und Betriebskostenumfang Indikator für die Auskömmlichkeit einer Finanzierungsregelung sei. Bei negativem Saldo ist die Förderung nicht auskömmlich, bei positivem Saldo ist sie auskömmlich. Wörtlich heißt es dazu:

„Für die wirtschaftliche Existenz der Einrichtungen ist dieser (Anm.: positive) Saldo grundsätzlich erforderlich. Er ermöglicht den Trägern den Aufbau einer Rücklage, die dazu dient, Kostenschwankungen bei den Betriebskosten (z.B. durch sich verändernde Personalkosten) zwischen den Kindergartenjahren auszugleichen, in größeren Zeitabständen anfallende Renovierungskosten zu begleichen und den Erhaltungsaufwand bei Eigentümer-Einrichtungen abzugelten“.

Diese Ausführungen zeigen, dass eine angemessene Rücklagenbildung notwendiger Bestandteil einer auskömmlichen Förderung ist. Allerdings sind Rücklagenbeträge, wie sie sich nach den oben dargestellten Modellvarianten rechnerisch für Regelkindergärten ergeben, aus unserer Sicht betriebswirtschaftlich nicht zwingend geboten.

Die von uns vorgeschlagene Lösungsmöglichkeit 2 würde die vorstehend dargelegten Voraussetzungen im Wesentlichen erfüllen.